

# Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

## INHALT

### SEITE 2

EIN RÜCKBLICK AUF 2013 -  
MARTIN SCHULZ AM HOLLER  
DRÖSCHER-PREIS-STAND

### SEITE 3

INTERVIEW MIT  
KLAUS HUCHTHAUSEN,  
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE  
HOLLE UND VIZE-PRÄSIDENT DES  
NSGB

### SEITE 7

MITSTREITERINNEN UND  
MITSTREITER IN DER  
KOMMUNALPOLITIK

### SEITE 8

INTERVIEW MIT  
HARTWIG KEMMERER ZUR  
„KULTURHAUPTSTADT 2025“

### SEITE 10

AUS DEM KREISTAG:  
ERFÜLLUNG DES  
RECHTSANSPRUCHES AUF  
KINDERBETREUUNG

### SEITE 11

AUS DEM KREISTAG:  
MODELLVERSUCH  
SCHULGESUNDHEITSFACHKRAFT

### SEITE 12

AUS DEM KREISTAG:  
ÖFFENTLICHE WLAN-HOTSPOTS

IMPRESSUM

## Ausgabe 5

Seit einigen Tagen steht fest, dass Martin Schulz Kanzlerkandidat und zukünftiger Vorsitzender unserer Partei sein wird. Nun heißt es, engagiert in die kommenden acht Monate und den Bundestagswahlkampf zu starten. Wir wollen stärkste Kraft im Bundestag und Martin Schulz soll Bundeskanzler unseres Landes werden. Nicht als Selbstzweck, sondern um die Zukunft unseres Landes zu gestalten - gerecht und solidarisch!

Zum Beginn des Februars liegt nun die fünfte Ausgabe meines Info-Briefes vor. Ich freue mich, dass Klaus Huchthausen, Bürgermeister meiner Heimatgemeinde, für ein Interview zur Verfügung stand. Themen sind die Schwerpunkte der Gemeindepolitik, Dorfentwicklung, Flüchtlingspolitik, Kita-Vertrag und die Diskussion um die Kulturhauptstadt 2025. Die Entscheidung, sich um den Titel „Kulturhauptstadt 2025“ zu bewerben, wird in der

Stadt Hildesheim im April getroffen. Eine spannende Diskussion. Und es wäre ein spannender Prozess, weil der Weg zum Titel „Kulturhauptstadt 2025“ nicht alleine die Stadt Hildesheim betrifft, sondern eine Perspektive für unsere Region bieten würde. Ich bin auf die Entscheidung gespannt und freue mich, dass Hartwig Kemmerer, stellvertretender Vorsitzender des Freundeskreises 2025, ein Interview zu diesem Info-Brief beige-steuert hat.

Mit dieser Ausgabe führe ich die neue Rubrik „Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Kommunalpolitik“ ein. Politik lebt vom Zusammenspiel mit anderen Menschen. Diese möchte ich an dieser Stelle künftig vorstellen. Den Anfang macht Maike Gückel, die SPD-Fraktionsvorsitzende aus dem Holler Gemeinderat.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Sven Wieduwilt

# Ein Rückblick auf 2013 - Martin Schulz zu Gast am Holler Dröscher-Preis-Stand

2013 nahm der SPD-Gemeindeverband Holle am Wilhelm-Dröscher-Preis und an der Ausstellung im Rahmen des Bundesparteitages teil. Am letzten Tag des Bundesparteitages besuchte Martin Schulz, damaliger Präsident des Europäischen Parlaments und heute designierter Kanzlerkandidat der SPD, den Holler Wilhelm-Dröscher-Preis-Stand und informierte sich über die Veranstaltungsreihe "Wir kochen. Sie essen. Gemeinsam helfen.", mit der der SPD-Gemeindeverband Holle damals beim Wettbewerb vertreten war. Wir waren damals schon von seiner Art, seinem Auftreten und seinem Zugehen auf die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner begeistert.



# Interview

## mit Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle und Vize-Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes

---

**Lieber Klaus, die Wahlperiode des Gemeinderates hat vor drei Monaten begonnen. Welches sind die Schwerpunkte für Deine Gemeinde?**

Ich möchte hier vier Bereiche nennen. Zum einen die Weiterentwicklung bzw. der Ausbau der Kinderbetreuung entsprechend dem von den Eltern angemeldeten Bedarf. Zum zweiten die Schaffung von Wohn- und Arbeitsplätzen. Hierzu gehört die Innenentwicklung in den Ortschaften, wie aber auch die Ausweisung von Baugebieten an den Ortsrändern. Auch muss es Schwerpunkt der gemeindlichen Arbeit sein, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern sowie möglichst weitere Betriebe in unserer schönen Gemeinde anzusiedeln. Der dritte Punkt sind die Chancen, die sich für unsere Gemeinde aus dem ILE-Förderprogramm wie aber auch aus dem Dorfentwicklungsprogramm ergeben, konsequent zu nutzen und damit die Attraktivität unserer Gemeinde zu steigern. Schlussendlich kann dies alles nur gelingen, wenn wir die kommunalen Finanzen im Auge behalten und neue Aufgaben nur vorsichtig und sparsam angehen.

Darüber hinaus werden die kommenden Jahre uns, wie in der Vergangenheit auch, weitere Aufgaben und Anforderungen auferlegen, denen wir uns zu stellen haben. Auch diese werden wir gemeinsam mit Rat und Verwaltung, wie aber

auch unseren Bürgerinnen und Bürgern meistern.

**Der Rat hat in seiner letzten Sitzung den Dorfentwicklungsplan beschlossen. Eine gelungene Grundlage für zukünftige Maßnahmen der Dorferneuerung?**

Ja. Mit diesem Dorfentwicklungsplan, der parallel zu den Fördermöglichkeiten des ILE-Programms läuft, besteht seit langer Zeit erstmals wieder die Möglichkeit so genannte freiwillige Leistungen mit einer deutlichen finanziellen Zuwendung des Landes bzw. der Europäischen Union finanziert zu bekommen. Dieses Programm macht es der Gemeinde möglich, innerhalb des Förderzeitraums, also der nächsten 5 bis 7 Jahre Projekte, die unter anderen Umständen für unsere Gemeinde aus finanzieller Sicht überhaupt nicht realisierbar wären, anzugehen. Bei aller Euphorie muss jedoch auch darauf hingewiesen werden, dass sämtliche Maßnahmen aus dem Dorfentwicklungsprogramm, die von der Gemeinde realisiert werden müssten, genau auf ihre Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit hin überprüft werden. Auch sind hierbei die Folgekosten und die Intensität der zukünftigen Nutzungen mit zu berücksichtigen. Aber nicht nur gemeindliche Antragsteller sind mit diesem Programm in der Lage Investitionen vorzunehmen. Es gibt zahlreiche private Interessenten, die kurzfristig einen Antrag auf Fördermittel stellen wollen, um so ihr Eigentum

aber damit auch unsere Ortschaften attraktiv zu erhalten.

**In Hildesheim gibt es die Initiative für die Bewerbung um den Titel „Europäische Kulturhauptstadt 2025“. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Landkreis Hildesheim haben sich hierzu auch informiert. Wie schätzt Du diese Initiative ein? Und siehst Du ggf. positive Impulse auch für die kreisangehörigen Gemeinden und insbesondere für Holle?**

Ich sehe die Ausweisung von Hildesheim und den vorhergehenden Antrag auf Ausweisung unserer Kreisstadt zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 als sehr positiv und als eine weitere große Chance auf unsere Region aufmerksam zu machen. Ich halte die Region Hildesheim mit ihren vielfältigen kulturhistorischen Bauten aber auch den weit überdurchschnittlichen kulturellen Aktivitäten für geradezu prädestiniert eine Europäische Kulturhauptstadt zu stellen. Wir als Holler werden hiervon durchaus positive Impulse erhalten können. Zum einen können wir mit unserem vielfältigen kulturellen Angebot, ergänzt durch die zahlreichen kulturhistorischen Bauten glänzen, zum anderen führt solch eine Bewerbung und dann möglicherweise die Tatsache, dass unsere Region bzw. die Stadt Hildesheim Europäische Kulturhauptstadt wird, zu einer Aufmerksamkeit, die sich in Ansiedlung von Menschen und Gewerbebetrieben ausdrücken kann. Eine solche Bewerbung kann unsere Region nur stärken und Chancen eröffnen. Diese dann zu ergreifen und umzusetzen, wird eine wichtige Aufgabe sein.

**Im Kreistag hat sich eine Gruppe aus SPD und CDU gebildet. Der Kita-Vertrag des Landkreises mit den Städten und Gemeinden ist auch**

**Gegenstand der Gruppenvereinbarung. Es soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die die Auswirkungen des Vertrages untersuchen und Regelungen für den Zeitraum nach 2017 vorschlagen soll. Wie bewertest Du dieses Vorhaben?**

Positiv! Wir, die Städte und Gemeinde, insbesondere aber die steuerschwächeren Gemeinden, zu denen auch die Gemeinde Holle zählt, benötigen für die gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe der Kinderbetreuung die finanzielle Unterstützung des Landkreises. Ich hoffe jedoch, dass mit dieser Unterstützung keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aufgebaut werden. Gerade der Bereich der Kinderbetreuung ist schon zurzeit „überreguliert“. Weitere Anforderungen in diesem Bereich, die über ein absolut notwendiges Maß hinausgehen, werden von mir strikt abgelehnt.

**Olaf Levonen, unser Landrat, hatte als Alternative zum derzeitigen Kita-Vertrag die Finanzierung über eine geminderte Kreisumlage vorgeschlagen. Ein diskussionswürdiger Vorschlag oder ein Minus-Geschäft für die Gemeinden?**

Für den Durchschnitt aller Städte und Gemeinden ist es egal, ob sie dem Landkreis 24 Millionen Euro, so hoch ist in etwa zurzeit die Kindergartenförderung, an Kreisumlage zahlen und sie dann über die Regelungen des Kindergartenvertrages zurückerhalten oder diese Zahlung gar nicht erst vornehmen und die Gelder direkt und gleich bei den Städten und Gemeinden verbleiben. Im Detail ist die Situation jedoch deutlich komplizierter. Steuerschwache Gemeinden (dies sind Gemeinden, deren Steueraufkommen pro Einwohner unterhalb des Durchschnitts des Steueraufkommens aller Gemeinden im Land

Niedersachsen liegt) zahlen aufgrund ihrer Steuerschwäche verhältnismäßig wenig Kreisumlage, während steuerstarke Kommunen hier stärker in die Pflicht genommen werden. Hierdurch würden, würde man dem Vorschlag von Olaf Levonen folgen, die steuerstarken Städte Hildesheim, Alfeld und Sarstedt deutliche Vorteile genießen, während alle anderen 15 Städte und Gemeinden mit zum Teil deutlichen finanziellen Verlusten zu rechnen hätten. Für die Gemeinde Holle würde dieser Vorschlag unter den Gegebenheiten des Jahres 2016 zu einem Einnahmeverlust von 100.000,00 Euro im Bereich der Kindertagesstättenförderung führen. Dies würde und müsste zu einer drastischen Erhöhung der Gebühren für die Kindertagesstätten führen. Insofern wird von mir als Bürgermeister der Gemeinde Holle die Idee auf die Kindergartenförderung zu verzichten und dafür die Kreisumlage deutlich zu senken abgelehnt.

**Die Integration der zu uns geflüchteten Menschen ist eine zentrale Aufgabe in den kommenden Jahren. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sprach in einer Pressemitteilung vom Dezember 2016 von einer „Herkulesaufgabe“, vor der Städte und Gemeinden stehen. Welche Anforderungen hast Du an Land und Bund bei der Unterstützung der Kommunen? Wo siehst Du weitere Handlungsbedarfe?**

Zuerst, und dies ist mir besonders wichtig, möchte ich all jenen zahlreichen Helferinnen und Helfern, gerade in unserer Gemeinde danken, die helfen, die Integration der Flüchtlinge voranzutreiben. Ich möchte mich auch bei allen Bürgerinnen und Bürgern an dieser Stelle ganz herzlich dafür bedanken, dass unsere neuen Mitbewohner hier bei uns in Holle herzlich aufgenommen wurden und dass es bei uns nicht einmal im Ansatz zu ausländer- oder

fremdenfeindlichen Aktionen gekommen ist. Auch unseren Ratsgremien möchte ich an dieser Stelle Dank sagen, dass sie mit ihren Beschlüssen notwendige Mittel für die Integration und Unterstützung in der Flüchtlingsarbeit zur Verfügung stellen.

Für die Zukunft wird es hier wichtig, dass die Flüchtlinge schnellstmöglich die deutsche Sprache erlernen und eine Beschäftigungsmöglichkeit erhalten. Wenn, wie gerade zu lesen ist, nur ein sehr kleiner Teil der Flüchtlinge in ein „ordentliches“ Arbeitsverhältnis überführt werden kann, so muss es uns gelingen, auch für die Übrigen eine sinnstiftende Beschäftigung zu finden. Nichts ist aus meiner Sicht schlimmer als diese Flüchtlinge, die hoffentlich bald zumindest überwiegend über ein gewisses Maß an Kenntnissen der deutschen Sprache verfügen beschäftigungs- und perspektivlos sich selbst zu überlassen. Als erstes muss jedoch die Bürokratie des Bundes endlich ihr Versprechen halten und die Verfahren aller Asylsuchenden abschließen. Auch muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass nicht Asylberechtigte konsequent abzuschieben sind, denn nur so ist es uns möglich, uns den wirklich Hilfsbedürftigen zu widmen.

**Bundesfamilienministerin Schwesig hat im Dezember ein Investitionsprogramm zum Ausbau der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht. „Milliarden für mehr und bessere Kitas“ – so die Überschrift eines SPD-Flugblattes. Ein wichtiger Schritt für die Städte und Gemeinde?**

Natürlich ist jede finanzielle Unterstützung dieser Aufgabe als positiv zu bewerten. Die Städte und Gemeinden werden schon zu lange gerade von Seiten des Bundes, der mit seiner Gesetzgebung Pflichten für die Kommunen und

Rechte für die Eltern schafft, finanziell allein gelassen. Ich sehe hier gerade den Bund in einer deutlich größeren Verpflichtung. Mit diesem neuen Programm werden, dankenswerter Weise, Zuschüsse für Investitionen in Kindertagesstätten gewährt. Diese werden natürlich, wie sollte es auch anders sein, mit zusätzlicher Bürokratie gespickt. Was den Städten und Gemeinden aber wirklich fehlt und wo es bisher keine Finanzierung von Seiten des Bundes gibt, ist eine Mithilfe bei den laufenden monatlichen Kosten. Gerade in diesem Bereich beschränkt sich die Bundesregierung darin, neue Qualitätsanforderungen zu stellen, ohne auch nur einen Cent zu den laufenden Ausgaben beizutragen. Ich würde mir wünschen wenn der Bund zu den ganz erheblichen Kosten der Kinderbetreuung auch seinen Anteil beitragen würde. Erst dann kann ich ein Programm der Bundesregierung oder der Ministerin als positiv werten.

**Dass Bildung eine zentrale Grundlage für Gesellschaft und gesellschaftliche Entwicklung ist, ist unstrittig. Werden die Kommunen bei dieser Aufgabe richtig unterstützt? Oder siehst du hier stärker Land und Bund in der Verantwortung?**

Es gibt in der Gesetzgebung aber auch in den entsprechenden untergesetzlichen Regelungen des Landes eine klare Trennung zwischen Bildung, und hierfür ist das Land bzw. der Bund zuständig, und der Jugendhilfe u. a. mit der Kinderbetreuung. Für Letzteres ist der Landkreis zuständig, der in unserem Fall diese Aufgabe zumindest was die Kinder- und Jugendhilfe betrifft, auf die Städte und Gemeinden per Vertrag übertragen hat. Bei der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere hier bei der gemeindlichen Aufgabe der Betreuung von Kindern, sind wir m. E. gut aufgestellt. Bei der schulischen Betreuung, soweit dies in der

Gemeinde Holle stattfindet, sehe ich durchaus Ergänzungs- und Verbesserungsbedarf. Unsere Grundschule wird zurzeit als verlässliche Grundschule halbtags geführt. Wir als Gemeinde, und dies ist eine vollkommen freiwillige Leistung, ergänzen dieses Angebot durch unseren Hort. Mit diesem Hort wird eine Nachmittags- bzw. Ferienbetreuung für 60 Kinder sichergestellt. Aus meiner Sicht müsste in Folge einer Ganztagsbetreuung sehr vieler Kinder in Krippe und Kindergarten auch eine verlässliche und qualitativ hochwertige Ganztagsunterrichtung in der Schule stattfinden. Unser gesellschaftliches Leben hat sich in den letzten Jahren derart gewandelt, dass die überwiegende Zahl der Eltern beide berufstätig sind und auf eine verlässliche, aber auch qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder angewiesen sind. Die jetzt vorhandene Regelung zu den Ganztagschulen erfüllt dieses Erfordernis nicht. Hier ist dringender Handlungsbedarf. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die Gemeinde Holle für eine Schule mit rund 270 Schülerinnen und Schülern gerade einmal 60 Hortplätze vorhalten kann. Ein weiterer Ausbau dieser Hortplätze ist räumlich auf dem Schulgelände kaum möglich.

Im Übrigen bleibt für unseren Bereich festzustellen, dass das schulische Angebot gerade in der Stadt Hildesheim überaus vielfältig und aus meiner Sicht qualitativ hochwertig ist. Im Bereich der Erwachsenenbildung ist mit der Volkshochschule Hildesheim ein Partner entstanden, der ebenfalls hochwertige Arbeit leistet. Hier müssen wir als Holler daran arbeiten, Kurse und Angebote auch in unserer Gemeinde anzubieten. Im Übrigen will ich es vermeiden, unter der Überschrift „jeder der zur Schule gegangen ist, kann über Inhalte von Schule sprechen“ zu inhaltlichen Fragen Stellung zu nehmen.

# Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Kommunalpolitik

**An dieser Stelle des Info-Briefs soll zukünftig eine Mitstreiterin oder ein Mitstreiter aus der Kommunalpolitik vorgestellt werden. Den Anfang macht: Maïke Gückel, Mitglied im Rat der Gemeinde Holle und dort Vorsitzende der SPD-Fraktion. Außerdem ist sie Mitglied im Ortsrat der Ortschaft Holle.**

## **Dein Engagement in und für die SPD: Seit wann & warum?**

Inka Uthe hat mich 2011 im Rahmen der Kommunalwahl angesprochen und meinte, dass Frauen im Orts- und Gemeinderat fehlen würden. Ich war gerne bereit mich aufstellen zu lassen und bin im Februar 2011 in die Partei eingetreten.

## **Deine Motivation für das Mandat?**

Verantwortung für die Entwicklung des Ortes zu übernehmen, ist die Motivation für meine jetzigen Mandate.

## **Dein konkretes Ziel/deine konkreten Ziele in dieser Legislaturperiode?**

Ich hoffe, dass ich das in mich gesetzte Vertrauen der Bürger, die mich gewählt haben, durch mein verantwortungsvolles Handeln im Orts- und Gemeinderat erfülle.

## **Dein Vorbild/deine Vorbilder?**

Meine Eltern sind in vielen Bereichen meine Vorbilder.

## **Dein Lieblingsautor?**

Momentan lese ich gerne die Bücher von Gisa Pauly. Sie schreibt Krimis, die auf der Insel Sylt spielen. Die italienische Schwiegermutter des Kommissars „hilft“ bei den Ermittlungen, was oft zu interessanten Verwicklungen führt.



## **Dein Lieblingsmusiker?**

Bruce Springsteen höre ich gerne und besuche so oft es möglich ist seine Konzerte.

## **Dein Lieblingsplatz?**

Unsere Terrasse, falls ich im Sommer mal dazu komme.

## **Deine Lieblingsbeschäftigung?**

Neben dem Nähen von Bekleidung und anderen nützlichen Dingen, hege und pflege ich gerne unseren Garten.

# Interview

## mit Hartwig Kemmerer

**(ehemaliger Vorsitzender des Kuratoriums 1200 zur Planung der 1200-Jahrfeier der Stadt Hildesheim, Moderator der gemeinsamen Arbeitsgruppe 2025 der Stadt und des Landkreises Hildesheim zur Prüfung einer Bewerbung, stellvertretender Vorsitzender des Freundeskreises 2025)**

**Die Bewerbung der Stadt Hildesheim um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 – das ist das Ziel der Initiative „Freundeskreis 2025 der Kulturregion Hildesheim“ und des Vereins „Hildesheim blüht auf“. Die Stadt ,Hildesheim und hier der Rat der Stadt werden im Frühjahr 2017 die Entscheidung über eine Bewerbung treffen. Hartwig Kemmerer, einer der Mit-Initiatoren, stand freundlicherweise für ein Interview hierzu zur Verfügung.**

**Lieber Hartwig, wie entstand die Initiative für eine Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt 2025“?**

Nach den beiden großen Jubiläumsjahren 2010 (1000 Jahre St. Michael) und 2015 (1200 Jahre Stadt und Bistum Hildesheim) gab es bei einigen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt das Gefühl, dass Hildesheims Kulturakteure erfolgreicher in der Innen- und Aussenwirkung sein könnten, wenn es gelänge, sie stärker zu vernetzen und durch eine bessere Koordination und Kooperation neue Möglichkeiten zu schaffen. Neu an dieser Initiative war die Breite, denn neben den Kulturschaffenden selbst, wirken in ihr Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Marketing gemeinsam an der Realisierung einer Bewerbung.

**Was ist eure Erwartungshaltung an die Bewerbung?**

Wir versprechen uns von einer Bewerbung eine nachhaltige Entwicklung des Kulturrums Stadt und Landkreis Hildesheim. Dabei gehen wir nicht von dem klassischen Kulturbegriff aus, sondern von dem Ziel, kulturell geprägtes Leben für viele Bürgerinnen und Bürger erfahrbar zu machen. Partizipation und Teilhabe vieler am kulturellen gesellschaftlichen Leben ist unser Ziel. Wir wollen ein kulturelles Leben als Grundlegung zur Bewältigung von Zukunftsanforderungen weiterentwickeln und von denen gibt es perspektivisch viele für die kommunale Ebene.

**Was spricht aus Deiner Sicht für Hildesheim als Kulturhauptstadt 2025?**

Meine Antwort hierzu wird sicher überraschen, es ist die Normalität von Stadt und Landkreis. Unser Lebensraum ist ein Muster für viele vergleichbare Lebensräume in Europa, mit ähnlichen Problemen und deshalb besonders geeignet, mit kulturellen Mitteln Lösungen für Anforderung der Zukunft exemplarisch zu entwickeln. Uns prädestiniert unsere kreative freie Szene, unsere hochwertigen kulturellen Einrichtungen, unsere Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen und unsere auch europäisch bedeutsame Geschichte.

**Wie sind die Erfahrungen aus anderen „Kulturhauptstädten“ im Hinblick auf die kommunale Entwicklung?**

Unsere Recherchen haben ergeben, dass fast alle Bewerberstädte, auch die, die es dann letztendlich nicht geworden sind, von dem Bewerbungs- und Entwicklungsprozess profitiert haben. Ein neuer Blick auf die jeweilige Kulturlandschaft, der über den bisherigen Tellerrand hinausging, half allen Bewerberstädten bei der Neujustierung ihres Verhältnisses zur Bedeutung der Kultur für die Stadt- und Regionalentwicklung.

**Lässt sich von den Erfahrungen der „Kulturhauptstädte Weimar (1999) und Essen (2010) lernen? Oder auch anderer Kulturhauptstädte?**

Ja und Nein. Natürlich haben wir uns angesehen wie die Organisationsstrukturen waren, was für eine erfolgreiche Planung hilfreich sein kann. Entscheidend bleibt aber in Kenntnis dessen, eigene Strukturen zu entwickeln, den „Hildesheimer Weg“ sozusagen, denn die Bedingungen unter denen wir uns bewerben wollen, sind unsere Bedingungen und nicht die von Weimar oder Essen. Übrigens, die Zeiten, in denen man sich wie Weimar mit seinem „kulturellen Mobiliar“ bewerben kann, sind vorbei. Heute geht es um die Beiträge der Kultur zur Bewältigung von Zukunftsanforderung, dabei kann der kulturelle Bestand helfen, aber eben nur helfen, die neuen Lösungen müssen hier und heute gefunden werden.

**Es wird immer wieder betont, dass der Prozess eigentlich wichtiger sei als der Titel. Warum? Was ist damit gemeint?**

In den Gründerjahren der EU wurden quasi die großen europäischen Hauptstädte mit diesem Titel ausgezeichnet, jede ein kulturelles Unikat in Europa. Unter den Rahmenbedingungen hätte sich Hildesheim nie bewerben können. Zwischenzeitlich hat die EU, aus meiner Sicht zukunftsweisend, die Ausschreibungen eher als Entwicklungsprozess zur Lösung von Zukunfts-

fragen konzipiert: wie wollen wir zusammenleben, kommunizieren, verantwortlich für die nächsten Generationen mit der Stadt und der Region umgehen? Das sind die Kriterien, die die EU in den Mittelpunkt dieses Wettbewerbs rückt.

Leeuwarden in den Niederlanden zum Beispiel, hat seine Bewerbung mit dem Wunsch zwei ihrer zentralen Probleme mit kulturell basierten Lösungen angehen zu wollen, begründet. Sie haben den niedrigsten Bildungsindex und die höchste Arbeitslosenquote in den Niederlanden. Es geht um das was man zukünftig sein will und nicht um das Ausstellen dessen, was man schon hat und ist.

**Bewerben kann sich nur die Stadt Hildesheim. Trotzdem werbt ihr auch in den Städten und Gemeinden des Landkreises Hildesheim für die Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt“. Was hat der Landkreis bzw. die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ggf. von diesem Titel? Warum sollte die Bewerbung unterstützt werden?**

Die Bewerbungsunterlagen fordern die Bewerbung einer Stadt, weisen aber selbst auf die Einbindung der Region hin. Für uns in Stadt und Landkreis Hildesheim halte ich es geradezu für geboten, es gemeinsam zu tun. Bei dem reichen Kulturleben in der Stadt und dem Landkreis wäre es fahrlässig, dieses nicht für eine Bewerbung zu nutzen und es würde uns hier in vielen Feldern zusammenführen, in denen wir bisher durch Einzelentscheidungen keine Lösungen finden. In einer immer stärker zusammenwachsenden Welt bleiben wir nur erfolgreich auf der Landkarte, wenn wir unsere jeweiligen Schätze zu Stärkung unserer gemeinsamen Identität nutzen.

**Bewerbungen um besondere Titel sind für Kommunen oftmals mit enormen Kosten verbunden. Wie schätzt Du das ein? Kann**

### **Kreativität der Region tatsächlich wichtiger und entscheidender sein?**

Wenn wir das durch eine substantielle, phantasievolle und glaubwürdige Bewerbung deutlich machen können, eindeutig ja! Dieser Bewerbungsprozess wird natürlich auch professionell ablaufen müssen und dafür braucht es kreative und kompetente Köpfe, die in der Bewerbungsphase daran arbeiten und diese müssen auch bezahlt werden. Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt sind durch den Zukunftsvertrag sehr eng, deshalb denke ich, dass alle Bürgerinnen und Bürger mithelfen müssen, auch materiell diese Mittel aufzubringen. Wir sind 270.000 Bewohner in Stadt und Landkreis. Rechnen wir einen Euro pro Einwohner pro Jahr für zwei Jahre für die Bewerbung, das sind 540.000 €. Das sollten wir

doch schaffen können. Oder? Es geht um unser zukünftiges Zusammenleben.

### **Vorausgesetzt die Stadt Hildesheim bringt im Frühjahr die Bewerbung auf den Weg: Wie geht es weiter?**

Danach sollten meiner Meinung nach unter der Koordination der Stadt, der Landkreis und die Gemeinden einen interkommunalen Planungsstab ins Leben rufen und die Bewerbung durch ein überzeugendes Konzept unter großer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beginnen. Partizipation vieler an dem Prozess ist übrigens auch ein wesentliches Kriterium bei der Bewerbung. Unsere Zukunft vor Ort sollte uns Förderung und Mitmachen wert sein.

## **Aus dem Kreistag**

### **Erfüllung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung**

Die Landesparteien von SPD und CDU haben sich in unterschiedlicher Form und noch zu konkretisierenden Modellen für die Beitragsfreiheit des Kindergartenbesuches ausgesprochen. Aus Sicht der Mehrheitsgruppe im Kreistag des Landkreises Hildesheim ist die Erfüllung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung und die Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten für Familien von besonderer Bedeutung. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Gebührenfreiheit im Bildungsbereich außerdem Basis für Bildungsgerechtigkeit. Die Mehrheitsgruppe von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim sieht in der Erfüllung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung und der Beitragsfreiheit der Kindertagesstätten die

Voraussetzung für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aus sozialdemokratischer Sicht spielen die Fragen von Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit eine weitere wichtige Rolle: Bereits 2006 hatte die niedersächsische SPD in einem Bildungsprogramm die schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit für die gesamte Zeit des Kindergartenbesuchs gefordert und als Vorhaben formuliert. Und das 2007 in Hamburg verabschiedete Grundsatzprogramm der SPD sah die Gebührenfreiheit des kompletten Bildungswegs vor: „Jeder Mensch hat das Recht auf einen gebührenfreien Bildungsweg von Krippe und Kindergarten bis zur Hochschule. Wir wollen es verwirklichen.“

Vor dem Hintergrund der Initiativen der Landes-SPD und der Landes-CDU hat die Mehrheitsgruppe aus SPD und CDU im Kreistag

des Landkreises Hildesheim einen Antrag in den Kreistag eingebracht, mit dem Initiativen und Maßnahmen zur beitragsfreien Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung nach dem dritten Abschnitt des SGB VIII begrüßt werden. Gleichzeitig wird mit dem Antrag die Auffassung

unterstrichen, dass die zur Erfüllung des Anspruchs anfallenden Kosten vollständig vom Bund/Land zu tragen sind und die genannte Beitragsfreiheit möglichst bis zum nächsten Kindergartenjahr erreicht werden soll.

## Haushaltsentwurf 2017/Modellversuch „Schulgesundheitsfachkraft“

In vielen anderen Staaten sind sogenannte „Schulkrankenschwestern“ ein selbstverständlicher Teil der Bildungslandschaft. Auch andere Bundesländer diskutieren den Ausbau des Schulgesundheitsystems und bringen diesen auf den Weg. Brandenburg ist hierfür ein Beispiel. Die schulpolitische Diskussion in Niedersachsen hat dieses Thema noch nicht erreicht. Die Gruppe von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim möchte an zwei Standorten im Landkreis Hildesheim ein Modellprojekt realisieren.

Der Ansatz ist genau richtig. Man weiß um die gesundheitlichen Probleme von Schülerinnen und Schülern: u.a. Entwicklungsdefizite, psychische Störungen, chronische Krankheiten. Der Schulalltag ist für viele chronisch kranke Kinder, aber in diesem Zusammenhang auch für die pädagogischen Mitarbeiter und Lehrkräfte, mühsam oder gar mit unnötigen Sorgen und Ängsten erfüllt. Eine Vielzahl von Studien belegt, dass medizinisch ausgebildetes Personal an Schulen die Leistungsfähigkeit des Bildungsortes „Schule“ steigert. Bereits nach der Kommunalwahl war das Vorhaben eines Modellprojektes seitens der SPD



als Projekt für diese Wahlperiode formuliert worden – auch mit Blick auf den sozialdemokratischen Anspruch an Gesellschafts- und Bildungspolitik: „Gesellschaftliche Emanzipation und den Menschen befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen: Wenn wir diesen (sozialdemokratischen) Anspruch ernst nimmt, müssen wir auch den Gesundheitsaspekt mit in die schulpolitische Debatte einbinden. Schuleigene Pflegefachkräfte, die Schulkrankenschwestern bzw. ‚school nurses‘

könnten hierauf die richtige Antwort sein.“ (Bruer/Wieduwilt, Schulkrankenschwestern – für ein Modellprojekt des Landkreises Hildesheim, 9. Oktober 2016). Das Vorhaben fand schließlich auch Eingang in die Gruppenvereinbarung von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim.

In Anlehnung an das Projekt „Schulkrankenschwester“ im Land Brandenburg soll nun auch im Landkreis Hildesheim ein entsprechendes Modellprojekt an zwei Standorten durchgeführt werden. Eine finanzielle Beteiligung des Landes und des Europäischen Sozialfonds ist dabei anzustreben. Allerdings sollen für den zeitnahen Einstieg in das Modellprojekt bereits zum Beginn des Schuljahres 2017/18 notwendige Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2017 eingestellt werden.

Die Gruppe aus SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim hat daher hierzu folgenden Antrag gestellt:  
Im Haushalts- und Stellenplan 2017 werden zwei entsprechende Stellen (2 x 1,0 Stelle) und ein entsprechendes Sachkostenbudget zugunsten

des Modellversuches „Schulgesundheitsfachkräfte“ eingestellt. Die vergütungsrechtliche Bewertung der Stellen und die Budgethöhe der Sachmittel ist seitens der Verwaltung vorzunehmen, dabei sollen 100.000 Euro für das Haushaltsjahr 2017 nicht überschritten werden.

## Haushaltswurf 2017/öffentliche WLAN-Hotspots

Im Jugendwahlprogramm der SPD im Landkreis Hildesheim, das von den Jusos erarbeitet und vom SPD-Parteitag im März 2016 verabschiedet wurde, findet sich die Forderung nach öffentlichen WLAN-Hotspots. Diese Forderung fand schließlich auch Eingang in die Gruppenvereinbarung von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim. Mit einem Antrag zum Haushaltsplanentwurf wird nun die Bedeutung öffentlicher WLAN-Zugänge noch einmal unterstrichen.

Die Gruppenvereinbarung von SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim enthält folgende Formulierung: „Öffentliche WLAN-Zugänge - Die Verwaltung wird aufgefordert, öffentliche WLAN-Zugänge bei Gebäuden der Kreisverwaltung zu schaffen.“

Bereits Anfang Januar hatte sich die Gruppe aus SPD und CDU im Kreistag des Landkreises Hildesheim mit einer Anfrage an die Kreisverwaltung gewandt, um einen Sachstandsbericht für das Kreisgebiet zu

erhalten. Gleichzeitig wurde damit bereits auf die Bedeutung des Themas hingewiesen und unterstrichen, wie wichtig eine leistungsfähige und zuverlässige Internetanbindung für die Gesellschaft zwischenzeitlich ist. Hierzu gehören auch öffentliche WLAN-Zugänge.

Um in die Umsetzung einzusteigen und öffentliche WLAN-Zugänge zu realisieren, beantragt die Gruppe aus SPD und CDU nun, dass im Haushaltsplan 2017 zusätzlich 50.000 Euro für die Realisierung öffentlicher WLAN-Hotspots unter dem Titel „Kreisentwicklung – öffentliches WLAN“ eingestellt werden.

## IMPRESSUM

Sven Wieduwilt

Mitglied des Kreistages des Landkreises Hildesheim, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle

Adresse: Wiethagen 3 31188 Holle

E-Mail: [info@sven-wieduwilt.de](mailto:info@sven-wieduwilt.de)

Homepage [www.sven-wieduwilt.de](http://www.sven-wieduwilt.de)